

Motion Fraktion GB/JA (Cristina Anliker-Mansour/Sabine Baumgartner, GB): Gemeinwesenarbeit in den Quartieren erhalten

Die Gemeinwesenarbeit leistet einen essentiellen Beitrag zur Lebensqualität in den Berner Quartieren und Stadtteilen. Sie koordiniert, fördert und unterstützt Quartierprojekte, Gemeinschaftszentren, Quartiertreffpunkte und Beratungsstellen in der Stadt Bern. Die Standorte sind auf fünf Stadtteile verteilt. Die zielgruppenorientierten Angebote sind gesamtstädtisch organisiert, sie sind bestens etabliert und zielführend.

Mit einer Stunde professionellem Einsatz löst die städtische Gemeinwesenarbeit zwei Stunden Freiwilligenarbeit aus – insgesamt über 46'000 Stunden pro Jahr.

Das bittere kantonale Abstimmungsergebnis vom 23. September 2012 führt nun zum befürchteten massiven Abbau von öffentlichen Leistungen für die Stadtbevölkerung. Die erdrückende bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat setzt auf falsche Steuersenkungspolitik und hungert den Staat auf kantonaler und städtischer Ebene aus. Ohne die kantonalen Beiträge von rund 2 Mio. Franken für die Gemeinschafts- und Quartierzentren müssen die Leistungen und Angebote der städtischen Gemeinwesenarbeit mittelfristig abgebaut werden. Die GB/JA-Fraktion wehrt sich gegen den massiven Sozialabbau, welche für die Stadt Bern schmerzhaft Folgen hätte. Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf:

1. Die Kosten der entfallenen Kantonsbeiträge für die Gemeinwesenarbeit selber zu übernehmen, falls die angekündigte Beschwerde der Stadt gegen die Verfügung abgelehnt wird.

Bern, 10. Januar 2013

Erstunterzeichnende: Cristina Anliker-Mansour, Sabine Baumgartner

Mitunterzeichnende: Christine Michel, Mess Barry, Esther Oester, Franziska Grossenbacher, Judith Gasser, Leena Schmitter, Lea Bill, Christa Ammann, Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Stéphanie Penher

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat anerkennt die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit. Wie er schon in seiner Antwort vom 19. Dezember 2012 auf die „Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Annette Lehmann, SP) vom 29. November 2012: Finanzierung der Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern?“ dargelegt hat, weiss er um die Wichtigkeit der Gemeinwesenarbeit für die Integration, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil, die Lebensqualität in den Quartieren und die Freiwilligenarbeit. Er ist sich auch bewusst, dass die Gemeinwesenarbeit eine lange Tradition hat. Das erste Gemeinschaftszentrum im Tscharnergut ist in den 60er-Jahren eröffnet worden. Seither subventioniert die Stadt Bern Quartiereinrichtungen und Quartierarbeit. Im Produktgruppenbudget 2013 ist für die Gemeinwesenarbeit ein Betrag von Fr. 3 503 903.00 vorgesehen. Auch der Kanton beteiligte sich jahrzehntelang über den Lastenausgleich an den Kosten.

Der sehr kurzfristige Entscheid des Kantons, die Ausgaben für die Gemeinwesenarbeit ab 2013 nicht mehr zum Lastenausgleich zuzulassen, hat für die Stadt Bern bei gleich bleibenden Beiträgen an die Organisationen Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg), Mütterzentrum Bern West, Familientreff Bern Stadt, Gemeindehaus Burgfeld und Speiseanstalt der unteren Anstalt Mehrbelastungen von netto rund 1,87 Mio.

Franken zur Folge. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass sich der Kanton nicht derart kurzfristig aus der Mitfinanzierung zurückziehen kann und hat daher gegen diesen Entscheid Beschwerde erhoben. Auch wenn die Beschwerde nicht gutgeheissen werden sollte, will der Gemeinderat die betroffenen Organisationen nicht mit ihren finanziellen und sozialen Verpflichtungen so kurzfristig auf sich alleine gestellt lassen. Er hat deshalb zuhanden des Stadtrats bereits einen Nachkreditantrag verabschiedet, damit der Ausfall der Erträge aus dem Lastenausgleich kompensiert und mit den Organisationen 2013 einjährige Leistungsverträge in der bisherigen Höhe abgeschlossen werden können. Dieser Nachkreditantrag wird voraussichtlich an der SBK-Sitzung vom 18. März 2013 behandelt werden.

Angesichts der düsteren finanziellen Aussichten sieht sich der Gemeinderat aber nicht mehr in der Lage, die Sparmassnahmen des Kantons ab 2014 mit städtischen Mitteln zu kompensieren. Er sieht sich deshalb gezwungen, die Subventionen an die Organisationen der Gemeinwesenarbeit ab 2014 um 1,8 Mio. Franken auf Fr. 1 703 903.00 zu kürzen.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass eine Kürzung von über 50 % der bisherigen Subventionen einschneidende Auswirkungen auf die Angebote der Gemeinwesenarbeit und das Personal haben werden. Es wird zu Schliessungen auch von gut laufenden und frequentierten Angeboten und zu Personalentlassungen kommen. Wie die Sparmassnahmen im Detail umgesetzt werden können und ob es noch eventuelle Kompensationsmöglichkeiten gibt, wird im Detail zu klären sein. Der Gemeinderat will für die konkrete Ausgestaltung der Sparmassnahmen die betroffenen Organisationen angemessen einbeziehen.

Nach dem gescheiterten Organisationsentwicklungsprojekt zur sozialräumlichen Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit der vbg und der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen von 2008 - 2010 und nach der erfolgreichen finanziellen Sanierung der vbg von 2010 - 2012, steht jetzt eine konzeptionell fundierte neue Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit an. Ziel muss es sein, mit den begrenzten Mitteln bedürfnisgerechte Angebote, zeitgemässe Strukturen und attraktive Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte gewährleisten zu können. Dabei ist zu unterscheiden zwischen

- den kleineren, ehrenamtlich betriebenen Quartiertreffs, welche ein sehr gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweisen und wichtige Identifikations- und Integrationsleistungen im jeweiligen Quartier bieten;
- den grossen Quartierzentren, welche sich durch vielseitige Angebote und eine gute Verankerung im Quartier auszeichnen, aber erhebliche Ressourcen binden;
- der aufsuchenden Quartierarbeit, welche mit gut qualifizierten Fachkräften flexibel dort eingesetzt werden kann, wo aktueller Bedarf besteht bezüglich Nutzungskonflikten, Um- und Neugestaltungen von öffentlichen Räumen und Überbauungen, Begleitung von Zwischennutzungen und der Arbeit mit spezifischen Zielgruppen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Eine Annahme der Motion hat für die Stadtfinanzen wie oben beschrieben jährlich wiederkehrende Mehrbelastungen von rund 1,87 Mio. Franken zur Folge. Auswirkungen auf das städtische Personal gibt es keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 6. März 2013

Der Gemeinderat